

Die Spardebatte aus Kantonsrats-Sicht

Die auf zwei Tage angesetzte ausserordentliche Session des St. Galler Kantonsrates zur Beratung des Entlastungsprogramms 2013 (Sparpaket III) ist am Dienstagabend zu Ende gegangen. Die Arbeit ist aber noch nicht abgeschlossen.

Von Hans Jakob Reich

St. Gallen. – Das von der St. Galler Regierung vorgelegte Entlastungsprogramm 2013 umfasst 66 Massnahmen und soll ab 2016 eine jährliche Entlastung des Staatshaushalts um gut 160 Millionen Franken bewirken. Die Hoffnung des Kantonsratspräsidiums, das happige Geschäft in der eineinhalbtägigen ausserordentlichen Session dieser Woche durchberaten zu können, hat sich – nicht ganz unerwartet – nicht erfüllt. Von den 66 Massnahmen waren bis Dienstagabend (trotz Sitzungsverlängerungen an den beiden Tagen um insgesamt vier Stunden) erst deren 57 behandelt. Die Beratung sämtlicher das Gesundheitsdepartement betreffenden Anträge sowie der Übergangsmassnahmen sind auf eine zusätzliche Sondersession verschoben, zu der das Parlament am kommenden 22. August zusammentreten wird.

Eine «Zwischenbilanz» konnte Finanzchef Martin Gehrer am Dienstagabend aber dennoch präsentieren. Demnach umfasst das bis und mit Massnahme 57 erzielte Entlastungsvolumen im nächsten Jahr 79,3 Millionen Franken und in den beiden folgenden Jahren 117,4 (2015) und 161,9 Millionen Franken (2016).

Werdenberger Kantonsratsmitglieder haben wir am Dienstag nach ihrer Sicht gefragt: Wie beurteilen Sie das Ergebnis und die Wirkungen der bisherigen Beratungen des Entlastungsprogramms 2013?

Ludwig Altenburger (SP, Buchs)

Entgegen der Behauptung von CVP/EVP, FDP und SVP, der Kanton habe nur ein «Ausgabenproblem», stelle ich fest, dass der Kanton starke Belastungen hat durch zusätzliche Aufgaben, durch die Kostensteigerung bei den Ergänzungsleistungen, die Ertragsausfälle der Nationalbank und den massiven Ausfall bei den Steuereinnahmen als Folge der Steuergesetzrevision 2007. Der Kanton hat damit also auch ein massives Ein-



nahmenproblem. Meine Erwartungen waren, dass mindestens bei den Ergänzungsleistungen mit IV-Rente und bei den sozialen Institutionen im Behindertenbereich nicht auf die Massnahmen eingetreten wird. Die Aussage von FDP-Regierungsrat Martin Klöti bezüglich des Verzichts auf die Gewährung von ausserordentlichen Ergänzungsleistungen für erhöhte Mietzinsbeiträge, er wisse aus persönlicher Erfahrung, dass genügend günstige Wohnungen auf dem Markt seien, war meines Erachtens mehr als peinlich. Die Auswirkungen des Sparpakets III werden die Schwächsten zu spüren bekommen. Bei den Schulen, im Umweltschutz usw. werden die Auswirkungen in zwei, drei Jahren spürbar. Die Planzahlen für die Jahre 2014 bis 2016 zeigen die erwarteten finanziellen Folgen auf. Nach einem weiteren Bezug von freiem Eigenkapital soll ab 2015 mit 20 Millionen und 2016 mit knapp 60 Millionen wieder Eigenkapital geäufnet werden.

Hans Oppliger (EVP, Fröschen)

Wenn in einem Staatshaushalt Defizite überwunden werden müssen, sind kaum Lorbeeren zu gewinnen. Viele Entscheide schmerzen die betroffenen Institutionen und Menschen. Wenn Finanzchef Martin Gehrer feststellt, dass «die Einnahmen nicht mehr so frisch sprudeln wie früher», bezieht er sich auf eine Tatsache, die viele Bürgerinnen und Bürger nicht realisieren: Sie glauben, dass sie den grössten Teil der Kantonsfinanzen über ihre Steuer zahlen. Dabei machen die Einkommens- und Vermögenssteuern mit 1,03 Milliarden Franken nicht einmal ein Viertel des Kantonsbudgets von 4,5 Milliarden aus (gemäss Voranschlag 2013). Das heisst, dass der grösste Teil der heute fehlenden Finanzen ihre Ursachen ausserhalb unseres Einflussbereichs haben, zum Beispiel in den eingebrochenen Ausschüttungen der Nationalbank. Nachdem wir nun in den vergangenen zwei Jahren den Steuerfuss um 20 Prozentpunkte erhöht haben, mussten wir in dieser Sondersession neben Massnahmen für zusätzliche Einnahmen nochmals einschneidende Massnahmen auf der Ausgabeenseite beschliessen. Ein Zuwarten würde unseren Kanton in kurzer Zeit in die Verschuldung treiben. Wie zu erwarten war, hat der Kantonsrat bisher prak-



tisch alle von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen gutgeheissen. Wenn die Konjunktur in der Schweiz in nächster Zeit nicht drastisch einbricht, sollten die Kantonsfinanzen für die nähere Zukunft auf eine stabile Basis gestellt sein. Es ist aber zu hoffen, dass diese Ausgangslage der Politik in unserem Kanton ermöglicht, endlich wieder vorausschauende Entscheide für Investitionen in die Zukunft zu fällen. Die EVP wird sich jedenfalls gegen überlegte Steuersenkungsbegehren wehren, die den Staat in kurzer Zeit wieder in Schieflage bringen und weitere Sparpakete auslösen würden.

Mirco Rossi (SVP, Sevelen)

Die grösste Überraschung der Session war die Verlängerung bis 20 Uhr am Dienstag. Ein notwendiges Mittel, um das Geschäft in zwei Tagen beraten zu können – leider war dies trotzdem nicht möglich und der Kantonsrat muss nochmals zusammentreten, um die restlichen Geschäfte zu behandeln. Ich persönlich hätte eine Sitzung mit offenem Ende befürwortet, um nicht einen weiteren Tag zur Beratung in Anspruch zu nehmen. Weitere Überraschungen blieben jedoch aus. Der grösste Teil des Kantonsrates ist weitestgehend den Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Ich persönlich war dagegen, dass der Kanton 15 neue Steuereintreiber einstellt. Damit stellt der Kantonsrat, aber auch die Regierung die steuernzahlende Bevölkerung und auch die Firmen im Kanton St. Gallen unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung. Ebenso wenig verstehe ich, dass neue Blechpolizisten angeschafft werden, um die Staatskasse zu sanieren. Vor dem Hintergrund der zur Zeit über den Kanton rollenden Einbruchswelle diese Anschaffung mit dem Argument der Sicherheitserhöhung zu begründen, konnte ich nicht unterstützen.



Beat Tinner (FDP, Azmoos)

Die Beratung hat einmal mehr gezeigt, dass Anträge aus der Mitte des Rates fast keine Chance auf Erfolg hatten und somit die beantragten Sparmassnahmen mehrheitlich umgesetzt werden. Deshalb hat die Gemeindepräsidentenvereinigung ihre Anliegen im Vorfeld der Session direkt in die vorberatende Kommission eingebracht. Anträge, die in der vor-

beratenden Kommission keinen Erfolg hatten, hatten es auch im Rat nicht. Die Meinungen der Ratsmitglieder zu den Einzelmassnahmen waren gemacht. Die Debatte war trotzdem notwendig, um auch Minderheitsmeinungen zu hören, da doch insgesamt gut 160 Millionen Franken eingespart oder verlagert werden und auch Grundsätze in der staatlichen Leistungserfüllung betroffen sind. So wird auf die Verlagerung der Brückenangebote an die Gemeinden verzichtet und sie werden weiterhin vom Kanton organisiert und finanziert. Auch mit der Übertragung der Finanzierung von lokalen und regionalen Denkmalschutzobjekten an die Gemeinden wird die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden berücksichtigt, indem die Gemeinden nebst der Inventarisierung neu vollumfänglich für die Ausrichtung von Denkmalpflegebeiträgen verantwortlich sind.

Ein Wermutstropfen ist die Verstärkung der Asymmetrie von Leistungserbringung und Finanzierung. So können zum Beispiel Identitätskarten bei Gemeinden weiterhin beantragt werden, die Gemeinden werden neu für ihre Arbeit aber nicht entschädigt. Ursprünglich war angedacht, dass die Anträge nur noch im zentralen Erfassungszentrum in St. Gallen hätten gestellt werden können. Die Gemeinden haben sich im Vorfeld aber für eine wohnort- und bürgernahe Leistungserbringung eingesetzt.

Die Flade als Sekundarschule des katholischen Konfessionsteils wird ab 2016 nicht mehr vom Kanton mitfinanziert. Für die Schulfinanzierung sind die Gemeinden, in diesem Fall die Stadt St. Gallen, verantwortlich.

Der Kantonsrat hat der Schaffung zusätzlicher Stellen bei den Steuerkommissären zugestimmt. Ich bin nicht überzeugt, dass die errechneten Mehrerträge bei Kanton und Gemeinden eintreffen. Es gilt zu beachten, dass die Gemeinden zwischen 80 und 85 Prozent der Steuerfälle veranlagten, die Steuerkommissäre übernehmen den Rest. Im Kanton wird nun eine Abteilung «Buchprüfung» geschaffen, die sich unter anderem mit aufwendigen Straffällen und mit der Abklärung des Domizils von nicht gemeldeten Steuerpflichtigen befasst. Auch die Abteilung Grundstückgewinnsteuer wird verstärkt. Ich hoffe, dass dem Hinweis aus der Regierung, für korrekt handelnde Steuerpflichtige keine



Schikanen und administrativen Mehrbelastungen zu schaffen, auch nachgelebt wird.

August Wehrli (SVP, Buchs)

Wie das Entlastungsprogramm beurteilt werden wird, konnte vorausgesehen werden. Die Differenzen zwischen den Fraktionen haben mich nicht überrascht. Den meisten behandelten Massnahmen ist, wie von der vorberatenden Kommission und der Regierung empfohlen, zugestimmt worden. Bei Personalaufstockungen habe ich eine ablehnende Haltung. Ebenso kann ich den Kürzungen für die Fachhochschulen (zum Beispiel für das NTB) nicht zustimmen. Den Massnahmen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger direkt zur Kasse gebeten werden, konnte ich ebenfalls nicht zustimmen – zum Beispiel dem Einsetzen von zusätzlichen Steuerkommissären, den Gebührenerhöhungen und den Strassenkontrollen mit zusätzlichen semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen. Das hat mit dem Entlastungsprogramm nichts zu tun, denn es werden auf Kosten der Bevölkerung Mehreinnahmen generiert. Wenn die Ausgaben nicht zusätzlich gebremst werden, sind neue Sparübungen unausweichlich. Zusätzliche Steuererhöhungen sind für mich kein Thema. Die Ausgaben müssen mit den Einnahmen übereinstimmen.



Der Stichentscheid des Vizepräsidenten

St. Gallen. – Im Bericht «Personalkürzungen im Umweltschutzamt abgewehrt» in der W&O-Ausgabe von gestern Mittwoch hat sich eine Ungenauigkeit eingeschlichen: Es war nicht Kantonsratspräsident Donat Ledergerber, sondern Kantonsratsvizepräsident Paul Schlegel (FDP, Grabs), der in der Abstimmung über den von der SVP-Fraktion beantragten Abbau von Stellen im Baudepartement per Stichentscheid das Resultat 54 zu 53 Stimmen bewirkte und die Personalkürzungen somit verhinderte. Zur Ablehnung trug die FDP-Fraktion wesentlich bei, die zusammen mit der SP/Grüne-Fraktion und der GLP/BDP-Fraktion geschlossen Nein stimmte. (HJR)

LESERBRIEFE

Baumallee Bahnhofstrasse Buchs

Nachdem den Befürwortern der Baumallee (Gemeindeverwaltung und Unternehmer) zweimal grosszügig im W&O Platz eingeräumt wurde und die redaktionelle Berichterstattung mit der Ausgabe vom 25. Juni abgeschlossen sei, wenden wir uns auf dem Weg des Leserbriefes an die vielen Stimmberechtigten von Buchs, welche gegen die zu teure und zu überladene Baumallee an der Bahnhofstrasse sind.

Als Initianten des Referendums fassen wir die Anliegen der grossen Anzahl Einwohner von Buchs nochmals wie folgt zusammen (auch als Antwort zu den drei Artikeln im W&O vom 25. Juni «Das Referendum spart kaum Geld», «Bäume auch aus Sicht der Steuern pflanzen» und «Nur maximal 40 000 Franken könnten gespart werden»): Die Hälfte aller Bäume, von den Referendumsunterzeichnern als absolut genügend erachtet, ist nicht 60, sondern gemäss Projekt von Bänziger Partner AG aufgerundet 46

von total 91. 40 000 Franken ist, gemäss Thomas Schwizer, kaum etwas. Für uns «Gewöhnliche» und Steuerzahler aber schon ein ansehnlicher Betrag. Damit eine Allee zur Geltung kommt, braucht es viel breitere Strassen. Kosten für Unterhalt der Bäume (und Trottoir) bei der Hälfte entsprechend kleiner. Weniger Laub bedeutet höhere Sicherheit (vor allem für ältere Leute). Grösserer Abstand der Bäume gibt Platz für Lkw-Anlieferungen. Grubenwände können problemlos im Boden belassen werden, wie zum Beispiel teilweise die alten Kanalisationsleitungen, und eventuell später einmal benützt werden. Schatten geben die hohen Häuser genug, es braucht keine lockere Schatten (haben wir den Hinweis von Herr Keusch so richtig verstanden?). Weniger beschattete Räume (Wohnungen und Läden) brauchen weniger elektrisches Licht (Energierstadt!?).

Ein schöner, gemütlicher Begegnungsplatz zu realisieren wäre bedeutend vernünftiger, als wieder eine mit Bäumen überladene Bahnhofstrasse. Unser Vorschlag: Könnete der Ge-

meinderat auf unser Anliegen eingetretten (Unterredung ist noch offen), nur die Hälfte der gleichen Bäume (also 46) zu pflanzen, würde das Referendum zurückgezogen (ein Kredit von 335 000 Franken wäre verfügbar). Auch würden keine Kosten für Referendumsgutachten und Abstimmung anfallen.

Es könnte wie geplant (jedoch nur mit 46 Bäumen) durchgearbeitet werden und die Bedenken von Herrn Helbling betreffend Bauverzögerung wären ausgeräumt.

Liebe Stimmberechtigten von Buchs, unterzeichnen Sie weiterhin unsere Referendumsbögen, damit wir bald zu einer Bahnhofstrasse kommen, zu welcher die Mehrheit Ja sagen kann. Hans Jörg Hofmänner, Kreuzgasse 12, Buchs, und Beat Müntener, Gärtlistrasse 16, Buchs

Baumallee an der Bahnhofstrasse

Meines Erachtens gäbe es eine einfache, kostengünstige Lösung, mit der alle Betroffenen zufrieden sein könnten.

Es stehen sich folgende Forderungen gegenüber:

1. Die Gemeindebehörde will ihr Konzept umsetzen und alle bisherigen Bäume durch eine andere Baumart ersetzen.

2. Die Geschäfte an der Bahnhofstrasse wünschen eine rasche Wiederherstellung von Strasse und Allee, um die Einschränkungen und Beeinträchtigungen zufolge der Bautätigkeit zu beenden.

3. Mit dem Referendum wird verlangt, dass zwar alle bisherigen Bäume entfernt, aber nur jeder zweite Baum ersetzt, die Allee also ausgedünnt wird.

Es gäbe doch eine Möglichkeit, alle Anliegen unter einen Hut zu bringen, rasch und ohne Mehrkosten: Jetzt, wie vorgesehen, alle bisherigen Bäume entfernen, nur jede zweite Pflanzstelle mit den neu (hoffentlich richtig) ausgewählten Bäumen bepflanzen, die dazwischenliegenden Pflanzstellen mit pflegeleichten Bodendeckern, blühenden Stauden oder niedrigen Sträuchern bepflanzen. Sollte sich in einem späteren Zeitpunkt die Ansicht durch-

setzen, dass die Bäume so dicht wie jetzt gepflanzt werden sollten, wäre das ohne grösseren Aufwand und mit wenig Beeinträchtigung der Geschäfte möglich. Damit bleibt aber auch die Chance, die Bahnhofstrasse mit der ausgedünnten, lichter Allee und dazwischen niedrigen Bepflanzung zu erleben. Der Vergleich zwischen früher und neu könnte den späteren Entscheid erheitern: «Den Zustand belassen oder wie weiter?»

Angelika Eggenberger, Kreuzgasse 2A, Buchs

Spielregeln für Leserbriefe

Red. – Leserbriefspalten dienen der Meinungsäusserung von Leserinnen und Lesern zu Themen von allgemeinem Interesse. Leserbriefe dürfen nicht länger als 80 Druckzeilen (= max. 2600 Anschläge) sein. Anonyme oder vervielfältigte Briefe, Rundschreiben und Zuschriften mit diffamierendem Inhalt werden nicht abgedruckt.